

GROSSER RAT

Augustsession 2022

Auftrag Michael (Donat) betreffend Anwendung der polizeilichen Generalklausel zur Entnahme des Beverinrudels und von allen verhaltensauffälligen Wölfen, die eine Koexistenz nicht zulassen

Gemäss Auskunft des Amtes für Jagd und Fischerei Graubünden (AJF) vom 24.08.2022 sind dem Beverinrudel trotz vorhandenem Herdenschutz folgende Nutztierrisse zuzuordnen:

- 2019: 32 Schafe, 16 Ziegen, weitere 29 Schafe vermisst
- 2020: 43 gerissene Schafe auf der Stutzalp, 1 Esel tot, 1 Kalb tot
- 2021: 28 Schafe tot, 3 verletzte Esel, 5 verletzte und 2 tote Rinderartige
- 2022: 2 Mutterkühe, 3 Angriffe auf Rinder (ohne Verletzung), 5 verletzte und 69 tote Schafe

Zusätzlich zu den Nutztierissen haben folgende problematische Begegnungen mit Menschen stattgefunden:

- 25.03.21: Wolf bleibt über längere Zeit unmittelbar am Dorf Nufenen und lässt sich nur durch einen Warnschuss durch den Wildhüter vertreiben.
- 11.8.21 und 17.8.21, Alp digl Oberst: Begegnungen mit einer Hirtin, wobei die Wölfe in der ersten Begegnung Drohverhalten zeigen und in der zweiten versuchen, den Hirtenhund zu greifen.
- 27.08.2021: Nahbegegnung zwischen zwei Touristen und dem Wolfsrudel auf einer Wanderung zur Alperschällilucka, wobei mutmasslich vier der Welpen sich erst nach mehrmaligen Versuchen vertreiben liessen.
- 22.9.21: Begegnung zwischen einem Jäger und Wölfen in Splügen, wobei die Wölfe dem Jäger in kurzer Distanz über mehrere Minuten folgen. Am Folgetag wiederum eine Begegnung.
- 3.1.22: Begegnung in Dumagns zwischen Spaziergängern und einem Wolf, der sich über längere Zeit in der Nähe von Menschen aufhält und sich nicht vertreiben lässt, sich dann nur sehr zögerlich entfernt.

Von Seiten der Wildhut wurden auf Basis des Eidgenössischen Jagdgesetzes und dessen Verordnung im 2019 vier Jungwölfe, im 2021 drei Jungwölfe und im 2022 zwei Jungwölfe des Rudels erlegt. Zusätzlich erfolgten verschiedene Vergrämnungsaktionen. Die getroffenen Massnahmen wie Vergrämnung oder Entnahme von Jungtieren haben weder die gewünschte Wirkung gezeigt noch sind sie für die Betroffenen nachvollziehbar.

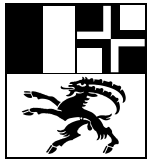
Die Probleme mit Wölfen mehren sich im ganzen Kanton. Namentlich im Prättigau, im Unterengadin, in der Surselva und im Misox ist die Koexistenz von Wölfen mit der Bewirtschaftung des Berggebietes, ähnlich wie in der Region Viamala, nicht mehr gegeben. Nebst dem grossen Tierleid beim Nutzvieh werden Alpen aufgrund der Wolfspräsenz nicht mehr bestossen oder frühzeitig entladen. Die nicht mehr bestossenen Alpen sind ein Verlust des Eigentums. Zusätzlich sind aufgrund der Wolfspräsenz und deren Auswirkungen viele Bäuerinnen und Bauern sowie Äplerinnen und Äpler psychisch angeschlagen. Somit sind verschiedene Rechtsgüter wie Leib, Leben, Gesundheit sowie Eigentum bedroht und zum Teil bereits verloren. Die Möglichkeiten, die genannten Schutzgüter über die geltende Gesetzgebung zu schützen, sind, siehe Beispiel Beverinrudel, wirkungslos. Fehlt eine gesetzliche Grundlage, die Schutzgüter zu schützen, kann die polizeiliche Generalklausel aufgerufen werden.

Dem Verlust der Schutzgüter aufgrund von verhaltensauffälligen Wölfen ist mit allen vorhandenen Mitteln entgegenzuwirken. Daher fordern die Unterzeichnenden die Regierung auf, folgende Wölfe im Kanton Graubünden gestützt auf die polizeiliche Generalklausel zu entnehmen:

- a. das gesamte Beverinrudel,
- b. alle weiteren verhaltensauffälligen Wölfe, die eine Koexistenz nicht zulassen.

Chur, 3. September 2022

Michael (Donat), Roffler, Loi, Altmann, Bachmann, Bavier, Beeli, Bergamin, Berther, Bettinaglio, Binkert, Bleuler-Jenny, Brandenburger, Brunold, Bundi, Butzerin, Cahenzli (Trin Mulin), Candrian, Collenberg, Cortesi, Crameri (Surava), Danuser (Cazis), Della Cà, Derungs, Dürler, Epp, Favre Accola, Föhn, Furger, Gansner, Gort, Grass, Hartmann, Hefti, Heini, Hohl, Holzinger-Loretz, Hug, Kasper, Kienz, Koch, Kocher, Kohler, Krättli, Lamprecht, Lehner, Loepfe, Maissen, Mani, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Metzger, Michael (Castasegna), Mittner, Morf, Natter, Rauch, Righetti, Rüegg, Salis, Sax, Schutz, Sgier, Spagnolatti, Stocker, Tanner, Tomaschett, Ulber, Weber, Widmer, Wieland, Zanetti (Sent), Zanetti (Landquart)



Sitzung vom

25. Oktober 2022

Mitgeteilt den

28. Oktober 2022

Protokoll Nr.

818/2022

Auftrag Michael (Donat)

betreffend Anwendung der polizeilichen Generalklausel zur Entnahme des Beverinrudels und von allen verhaltensauffälligen Wölfen, die eine Koexistenz nicht zulassen

Antwort der Regierung

Artikel 5 der Bundesverfassung (BV; SR 101) erhebt das Recht zur Grundlage und Schranke des staatlichen Handelns. Ausnahme dieses Grundsatzes ist die polizeiliche Generalklausel als letzte Möglichkeit, um eine drohende, unmittelbare Gefahr abzuwenden. So unabdingbar sie für ein flexibles und situationsgerechtes Handeln des Staates auch sein kann, so missbrauchsanfällig ist sie. Darum darf sie nur in absoluten Ausnahmefällen angewendet werden. Gemäss der Rechtsprechung des Bundesgerichts müssen folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein: Erstens müssen besonders hochstehende (fundamentale) Schutzgüter des Staates oder von Einzelnen betroffen sein. Dazu gehören insbesondere die öffentliche Sicherheit und der Schutz von Leib und Leben. Zweitens muss eine schwere und unmittelbare Gefahr für diese Schutzgüter vorliegen, welche mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einem Schaden an den Schutzgütern führt. Als Schaden gelten dabei nur erhebliche Beeinträchtigungen, nicht aber bloss Nachteile. Drittens wird vorausgesetzt, dass keine geeigneten gesetzlichen Massnahmen zur Verfügung stehen und dass sich diese aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit auch nicht zeitnah schaffen lassen. Und viertens muss die Verhältnismässigkeit bei der Anwendung der polizeilichen Generalklausel gewahrt werden, insbesondere muss es sich um die mildeste der geeigneten Massnahmen handeln.

Zu Punkt 1: Der Abschuss von Rudeltieren mit problematischem Verhalten erfolgt im Rahmen der Regulierung, welche in der eidgenössischen Jagdgesetzgebung (Art. 12 Abs. 4 JSG [SR 922.0] i.V.m. Art. 4^{bis} JSV [SR 922.01]) ausdrücklich geregelt wird. Wie im Vorstoss selbst erwähnt, konnten anhand dieser gesetzlichen Grundlage bereits mehrere Wölfe auch aufgrund des Tatbestandes der erheblichen Gefährdung von Menschen aus dem Beverinrudel entfernt werden. Da das Vorgehen bei Rudeltieren, welche Menschen erheblich gefährden oder einen Schaden verursachen, gesetzlich geregelt ist, bleibt für die Anwendung der polizeilichen Generalklausel von Rechts wegen kaum Raum. Insbesondere bietet diese unter regulären Umständen keine Möglichkeit für die Entnahme eines ganzen Rudels.

Zu Punkt 2: Im Gegensatz zu Rudeltieren besteht für den Umgang mit verhaltensauffälligen Einzelwölfen keine explizite gesetzliche Regelung. Somit liegt eine Gesetzeslücke vor, welche es dem Kanton ermöglicht, zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit Einzelwölfe gestützt auf die polizeiliche Generalklausel abzuschliessen. Von dieser Möglichkeit hat der Kanton zu Beginn dieses Jahres Gebrauch gemacht, als es darum ging, einen verhaltensauffälligen Wolf in der oberen Surselva zu erlegen. Dabei war nach einer über längere Zeit beobachteten fehlenden Scheu als Folge eines Habitierungsprozesses beziehungsweise einer ungünstigen Entwicklung des Verhaltens des Wolfs gegenüber Menschen rasches Handeln erforderlich, da es wenige Tage zuvor zu einer gefährlichen Begegnung mit einem Menschen gekommen war. Bei gegebener Voraussetzung, sprich in Fällen von zeitlicher Dringlichkeit und bei schwerer, unmittelbarer und nicht anders abwendbarer Gefahr für fundamentale Rechtsgüter, wird der Kanton auch in Zukunft von dieser gesetzlichen Ersatzgrundlage Gebrauch machen. Es bleibt aber festzuhalten, dass die Entnahme mittels polizeilicher Generalklausel nur als letztes Mittel eingesetzt werden kann, wenn alle mildernden Massnahmen versagt haben.

Die aktuelle Wolfsentwicklung bereitet den zuständigen kantonalen Stellen Sorgen und stellt alle Beteiligten vor grosse Herausforderungen. Die Haltung des Kantons und der zuständigen Dienststellen ist seit Jahren dieselbe: Die Kantone benötigen die Möglichkeit, den Wolfsbestand analog zu anderen Wildarten zu regulieren, bevor Schäden entstehen. Dafür braucht es die nötigen gesetzlichen Grundlagen. Die angestossene Revisionsvorlage geht in die richtige Richtung. Die Regierung ist bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen zur Anwendung der polizeilichen Generalklausel dessen ungeachtet aber weiterhin bereit. Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den Auftrag wie folgt abzuändern:

Die Regierung unterstützt die angestossene Vorlage zur Revision des JSG mit dem Ziel, den Wolfsbestand analog zu anderen Wildtierarten zu regulieren. Der Kanton entnimmt weiterhin Wölfe bei Vorliegen der Voraussetzungen gestützt auf die polizeiliche Generalklausel.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

CUSSEGL GROND

Sessiun d'avust 2022

Incumbensa Michael (Donat) concernent l'applicaziun da la clausula generala da polizia per allontanar il triep dal Beverin sco er tut ils lufs che han in cumportament problematic e che impedeschan ina coesistenza

Tenor las infurmaziuns da l'Uffizi da chatscha e pestga (UCP) dals 24-08-2022 èn las suandantas stgarpadas d'animals da niz d'attribuir al triep dal Beverin, malgrà che las muntaneras eran protegidas:

- 2019: 32 nursas, 16 chauras, 29 ulteriuras nursas sparidas
- 2020: 43 nursas stgarpadas sin la Stutzalp, 1 asen mort, 1 vadè mort
- 2021: 28 nursas mortas, 3 asens blessads, 5 bovids blessads e 2 bovids morts
- 2022: 2 vatgas-mamma, 3 attatgas sin arments (senza blessuras), 5 nursas blessadas e 69 nursas mortas

Ultra da las stgarpadas d'animals da niz hai dà ils suandants inscunters problematics cun umans:

- 25-03-21: Il luf è restà per pli ditg en la vischinanza directa dal vitg da Nufenen ed ha pudì vegnir stgatschà mo, perquai ch'il guardiaselvaschina ha dà in culp d'avertiment.
- 11-08-21 e 17-08-21, Alp digl Oberst: Inscunter cun ina pastura. Tar l'emprim inscunter han ils lufs mussà in cumportament da smanatscha. Tar il segund inscunter han els empruvà da tschiffar il chaun pastur.
- 27-08-21: Inscunter a curta distanza tranter dus turists ed il triep da lufs durant ina spassegiada a la Alperschällilucka. Quatter dals lufs giuvens han apparentamain pudì vegnir stgatschads pir suenter pliras emprovas.
- 22-09-21: Inscunter tranter in chatschader e plirs lufs a Spleia. Ils lufs èn suandads il chatschader a curta distanza durant pliras minutas. Il di suenter hai dà in nov inscunter.
- 03-01-22: Inscunter a Dumagns tranter viandants ed in luf ch'è sa trategnì per pli ditg en la vischinanza d'umans e che n'è betg sa laschà stgatschar. Suenter è il luf s'allontanà mo plaunet.

Sin basa da la Lescha e da l'Ordinaziun federala da chatscha ha la surveglianza da chatscha sajettà l'onn 2019 quatter lufs giuvens, l'onn 2021 trais lufs giuvens e l'onn 2022 dus lufs giuvens da quest triep. Supplementarmain han gi lieu differentas accziuns da spaventar ils lufs. Las mesiras prendidas, sco las spaventadas u las sajettadas da lufs giuvens, n'han betg mussà l'effect giavischà e n'èn betg chapaivlas per las personas pertutgadas.

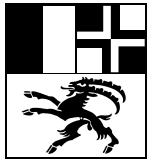
Ils problems cun ils lufs s'augmentan en tut il chantun. En spezial en il Partenz, en l'Engiadina Bassa, en la Surselva ed en il Mesauc n'è la coesistenza tranter il luf e la cultivaziun dal territori da muntogna betg pli dada. Quai da maniera sumeglianta sco en la regiun Viamala. Causa las grondas suffrientschas per il muvel da niz na vegnan las alps betg pli chargiadas u vegnan stgargiadas pli baud pervia da la preschientscha dal luf. Sche las alps na vegnan betg pli chargiadas, è quai ina perdita da proprietad. Plinavant han bleras puras e bleras purs sco er ina gronda part dal persunal d'alp problems psichics pervia da la preschientscha dal luf e pervia da las consequenzas da tala. Uschia èn differents bains giuridics, sco il corp, la vita, la sanadad u la proprietad, periclitads e per part gia pers. Las pussaivladads da la legislaziun vertenta da proteger ils bains che dovran protecziun èn inefficazias (guardar exempel dal triep dal Beverin). Sch'i manca ina basa giuridica per proteger ils bains che dovran protecziun, pon ins recurrer a la clausula generala da polizia.

Al fatg che bains che dovran protecziun van a perder pervia da lufs cun in cumportament problematic, stoi vegnir fatg frunt cun tut ils meds existents. Perquai pretendan las sutsegnadras ed ils sutsegnaders da la Regenza ch'ils suandants lufs en il chantun Grischun vegnian allontanads sin basa da la clausula generala da polizia:

- a. l'entir triep dal Beverin,
- b. tut ils auters lufs che han in cumportament problematic e che impedeschan ina coesistenza.

Cuira, ils 3 da settember 2022

Michael (Donat), Roffler, Loi, Altmann, Bachmann, Bavier, Beeli, Bergamin, Berther, Bettinaglio, Binkert, Bleuler-Jenny, Brandenburger, Brunold, Bundi, Butzerin, Cahenzli (Trin Mulin), Candrian, Collenberg, Cortesi, Crameri (Surava), Danuser (Cazas), Della Cà, Derungs, Dürler, Epp, Favre Accola, Föhn, Furger, Gansner, Gort, Grass, Hartmann, Hefti, Heini, Hohl, Holzinger-Loretz, Hug, Kasper, Kienz, Koch, Kocher, Kohler, Krättli, Lamprecht, Lehner, Loepfe, Maissen, Mani, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Metzger, Michael (Castasegna), Mittner, Morf, Natter, Rauch, Righetti, Rüegg, Salis, Sax, Schutz, Sgier, Spagnolatti, Stocker, Tanner, Tomaschett, Ulber, Weber, Widmer, Wieland, Zanetti (Sent), Zanetti (Landquart)



Sesida dals

25 d'october 2022

Communitgà ils

28 d'october 2022

Protocol nr.

818/2022

Incumbensa Michael (Donat)

concernent l'applicaziun da la clausula generala da polizia per allontanar il triep dal Beverin sco er tut ils lufs che han in cumportament problematic e che impedeschan ina coesistenza

Resposta da la Regenza

Tenor l'art. 5 da la Constituziun federala (Cst.; CS 101) è il dretg la basa ed il limit da l'activitad dal stadi. In'excepziun da quest princip è la clausula generala da polizia sco ultima pussaivladad per prevegnir ad in privel imminent. Er sche questa pussaivladad è indispensabla, per ch'il stadi possa agir en moda flexibla e conform a la situaziun, è ella suttaposta al privel d'abus. Perquai dastga ella vegnir applitgada mo en cas excepziunals absoluts. Tenor la giurisdicziun dal Tribunal federal ston las suandantas premissas esser ademplidas en moda cumulativa: Sco emprim ston esser pertutgads bains protegids fitg elevads (fundamentals) dal stadi u da persunas singulas. Latiers tutgan en spezial la segirezza publica u la protecziun dal corp e da la vita. Sco segund ston quests bains protegids esser exponids ad in privel serius ed imminent che donnegescha cun ina probabilitad adequata quests bains. Quai ston esser donns considerabels, betg mo simpels dischavantatgs. Sco terz vegni premess ch'i na dettia naginas mesiras legalas adattadas e che quellas na sa laschian – pervia da l'urgenza – er betg crear svelt. E sco quart sto vegnir garantida la commensurabladad en connex cun l'applicaziun da la clausula generala da polizia, en spezial sto quai esser la mesira adequata la pli miaivla.

Tar il punct 1: Ils animals che appartegnan a trieps e che han in cumportament problematic vegnan sajettads en il rom da la regulaziun ch'è fixada explicitamain en la legislaziun federala da chatscha (art. 12 al. 4 da la Lescha federala da chatscha [LChP; CS 922.0] en cumbinaziun cun l'art. 4^{bis} da l'Ordinaziun federala da chatscha [OChP; CS 922.01]). Sco menziunà en l'intervenziun sezza han gia plirs lufs dal triep dal Beverin pudì vegnir sajettads sin fundament da questa basa legala, er pervia dal causal da la periclitaziun considerabla d'umans. Perquai ch'igl è reglà tras lescha, co ch'ins sto proceder, sche animals da trieps pericliteschan considerablamain umans u chaschunan donns, n'èsi – ord vista giuridica – strusch pussaivel d'applitgar la clausula generala da polizia. En spezial na porscha ella sut circumstanzas regularas nagina pussaivladad da sajettar in entir triep.

Tar il punct 2: Cuntrari ad animals da trieps n'exista nagina regulaziun legala explicita areguard il tractament da singuls lufs cun in cumportament problematic. En la lescha exista pia ina largia che pussibilitescha al chantun da sajettar singuls lufs sin basa da la clausula generala da polizia per mantegnair la segirezza publica. Da questa pussaivladad ha il chantun fatg diever il cumenzament da quest onn, cura ch'el ha sajettà sisum la Surselva in luf cun in cumportament problematic. En quest connex han ins stuì agir svelt, perquai ch'igl aveva dà paucs dis avant in inscunter privlus tranter il luf ed ina persuna. Quai, suenter ch'ins aveva observà durant in temp pli lung ina mancanza da timiditad sco conseguenza d'in process d'endisada respectivamain sco conseguenza d'in svilup disfavuraivel dal cumportament dal luf envers ils umans. Sche las premissas èn ademplidas – vul dir en cas d'urgenza ed en cas, nua che baints giuridics fundamentals èn exponids ad in privel serius ed imminent che na sa lascha betg prevegnir autramain – vegn il chantun a far diever er en l'avegnir da questa basa giuridica substitutiva. I sto dentant vegnir menziunà che lufs dastgan vegnir sajettads cun agid da la clausula generala da polizia mo sco ultim med, sche tut las mesiras pli miaivlas han disditg.

Il svilup actual dal luf fa quitads als posts chantunals cumpetents ed è ina gronda sfida per tut las parts partecipadas. Il chantun ed ils posts da servetsch cumpetents han dapi onns la medema tenuta: Ils chantuns ston avoir la pussaivladad da regular la populaziun da lufs analogamain ad autras spezias d'animals selvadis, avant ch'i dat donns. Per quest intent dovri las basas giuridicas necessarias. Il project da revisiun inizià va en la dretga direcziun. Independentamain da quai è la Regenza dentant vinavant pronta d'applitgar la clausula generala da polizia, sche las premissas giuridicas èn ademplidas. Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da midar l'incumbensa qua avant maun sco suonda:

La Regenza sustegna il project inizià per la revisiun da la LChP, cun la finamira da regular la populaziun da lufs analogamain ad autras spezias d'animals selvadis. Sa basond sin la clausula generala da polizia sajetta il chantun vinavant lufs, sche las premissas èn ademplidas.



En num da la Regenza

Il president:

Marcus Caduff

Il chancelier:

Daniel Spadin

GRAN CONSIGLIO

Sessione di agosto 2022

Incarico Michael (Donat) concernente l'applicazione della clausola generale di polizia per il prelievo del branco del Beverin e soprattutto di lupi dal comportamento anomalo che non consentono una coesistenza

Stando alle informazioni fornite il 24.08.2022 dall'Ufficio per la caccia e la pesca dei Grigioni (UCP), al branco del Beverin sono da attribuire le seguenti predazioni di animali da reddito, avvenute nonostante il bestiame fosse protetto:

- 2019: 32 pecore, 16 capre, altre 29 pecore disperse
- 2020: 43 pecore predate sull'alpe di Stutz, 1 asino morto, 1 vitello morto
- 2021: 28 pecore morte, 3 asini feriti, 5 bovini feriti e 2 bovini morti
- 2022: 2 vacche nutrici, 3 attacchi a bovini (rimasti illesi), 5 pecore ferite e 69 pecore morte

In aggiunta alle predazioni di animali da reddito si sono verificati i seguenti incontri problematici con persone:

- 25.03.21: un lupo è rimasto per un periodo prolungato nelle immediate vicinanze del villaggio di Nufenen e ha potuto essere scacciato soltanto con un colpo di avvertimento sparato dal guardiano della selvaggina.
- 11.8.21 e 17.8.21, alpe digl Oberst: incontri con una pastora; in occasione del primo incontro i lupi hanno manifestato un comportamento minaccioso e in occasione del secondo incontro hanno cercato di attaccare il cane da pastore.
- 27.08.2021: incontro ravvicinato tra due turisti e un branco di lupi durante un'escursione verso l'Alperschällilucka; in tale occasione probabilmente quattro dei cuccioli hanno potuto essere scacciati solo dopo ripetuti tentativi.
- 22.9.21: incontro tra un cacciatore e dei lupi a Splügen; i lupi hanno seguito il cacciatore a breve distanza per diversi minuti. Il giorno successivo, nuovo incontro.
- 3.1.22: incontro a Dumagns tra persone a passeggio e un lupo, il quale per un periodo prolungato è rimasto in prossimità delle persone e non si è fatto scacciare; infine si è allontanato solo con grande titubanza.

Sulla base della legge federale sulla caccia e della relativa ordinanza, i guardiani della selvaggina hanno abbattuto quattro giovani lupi del branco nel 2019, tre nel 2021 e due nel 2022. In aggiunta si è proceduto a varie azioni di dissuasione. Le misure adottate, come la dissuasione o il prelievo di capi giovani, non hanno mostrato l'effetto auspicato né risultano comprensibili per gli interessati.

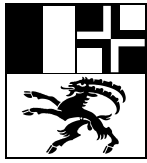
I problemi con i lupi si moltiplicano in tutto il Cantone. Segnatamente in Prettigovia, in Engadina Bassa, in Surselva e nel Moesano, analogamente alla situazione nella Regione Viamala, la presenza del lupo non è più conciliabile con l'attività di gestione delle zone di montagna. Oltre alla grande sofferenza degli animali da reddito, a causa della presenza del lupo gli alpi non vengono più caricati o vengono scaricati precocemente. Gli alpi non più caricati rappresentano una perdita della proprietà. In aggiunta, a causa della presenza del lupo e dei relativi effetti, molti contadini nonché alpigiani soffrono di contraccolpi psicologici. Di conseguenza diversi beni giuridici come l'integrità fisica, la vita, la salute nonché la proprietà sono minacciati e in parte già persi. Le possibilità di tutelare i beni da proteggere menzionati tramite la legislazione vigente sono inefficaci, come mostra l'esempio del branco del Beverin. Quando manca la base legale per tutelare i beni da proteggere, ci si può appellare alla clausola generale di polizia.

La perdita di beni da proteggere a causa di lupi dal comportamento anomalo deve essere contrastata con tutti i mezzi a disposizione. Perciò le firmatarie e i firmatari invitano il Governo a prelevare i seguenti lupi presenti nel Cantone dei Grigioni in virtù della clausola generale di polizia:

- a. l'intero branco del Beverin,
- b. tutti gli altri lupi dal comportamento anomalo che non consentono una coesistenza.

Coira, 3 settembre 2022

Michael (Donat), Roffler, Loi, Altmann, Bachmann, Bavier, Beeli, Bergamin, Berther, Bettinaglio, Binkert, Bleuler-Jenny, Brandenburger, Brunold, Bundi, Butzerin, Cahenzli (Trin Mulin), Candrian, Collenberg, Cortesi, Cramer (Surava), Danuser (Cazis), Della Cà, Derungs, Dürler, Epp, Favre Accola, Föhn, Furger, Gansner, Gort, Grass, Hartmann, Hefti, Heini, Hohl, Holzinger-Loretz, Hug, Kasper, Kienz, Koch, Kocher, Kohler, Krättli, Lamprecht, Lehner, Loepfe, Maissen, Mani, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Metzger, Michael (Castasegna), Mittner, Morf, Natter, Rauch, Righetti, Rüegg, Salis, Sax, Schutz, Sgier, Spagnolatti, Stocker, Tanner, Tomaschett, Ulber, Weber, Widmer, Wieland, Zanetti (Sent), Zanetti (Landquart)



Seduta del

25 ottobre 2022

Comunicato il

28 ottobre 2022

Protocollo n.

818/2022

Incarico Michael (Donat)

concernente l'applicazione della clausola generale di polizia per il prelievo del branco del Beverin e soprattutto di lupi dal comportamento anomalo che non consentono una coesistenza

Risposta del Governo

L'articolo 5 della Costituzione federale (Cost.; RS 101) definisce il diritto come fondamento e limite dell'attività dello Stato. L'eccezione a questo principio è costituita dalla clausola generale di polizia quale ultima possibilità per evitare un pericolo imminente, immediato. Per quanto tale clausola possa essere imprescindibile per un'attività dello Stato flessibile e adeguata alla situazione, essa è altrettanto soggetta ad abusi. Perciò può essere applicata solo in casi assolutamente eccezionali. In conformità alla giurisprudenza del Tribunale federale devono essere soddisfatti cumulativamente i presupposti seguenti: innanzitutto devono essere interessati beni da proteggere di particolare valore (fondamentali) dello Stato o di singoli soggetti. Tra questi rientrano in particolare la sicurezza pubblica e la protezione dell'integrità fisica e della vita. In secondo luogo questi beni da proteggere devono essere esposti a un pericolo grave e immediato che con sufficiente probabilità comporta un danno per i beni da proteggere. In tale contesto sono considerati danni soltanto pregiudizi considerevoli, non però meri svantaggi. Quale terzo elemento si presuppone che non siano a disposizione misure legislative idonee e che queste ultime non possano nemmeno essere create nei brevi tempi dettati dall'urgenza. E, quarto, nell'applicazione della clausola generale di polizia deve essere garantito il principio della proporzionalità, in particolare deve trattarsi della più lieve delle misure idonee.

In merito al punto 1: l'abbattimento di animali di un branco che presentano un comportamento problematico avviene nel quadro della regolazione espressamente disciplinata nella legislazione federale sulla caccia (art. 12 cpv. 4 LCP [RS 922.0] in unione con l'art. 4^{bis} OCP [RS 922. 01]). Come indicato nello stesso intervento parlamentare, sulla scorta di questa base legale è già stato possibile sopprimere diversi lupi del branco del Beverin, anche a seguito della fattispecie della considerevole messa in pericolo dell'essere umano. Siccome la procedura in caso di animali di un branco che costituiscono un pericolo considerevole per l'essere umano o che causano danni è chiaramente disciplinata a livello di legge, il diritto non lascia spazio

all'applicazione della clausola generale di polizia. In particolare, in circostanze normali quest'ultima non offre alcuna possibilità per il prelievo di un intero branco.

In merito al punto 2: contrariamente a quanto vale per gli animali di un branco, per quanto riguarda la gestione di lupi solitari che presentano un comportamento anormale non esiste una norma di legge esplicita. Sussiste dunque una lacuna legislativa che consente al Cantone di abbattere lupi solitari in virtù della clausola generale di polizia, a salvaguardia della sicurezza pubblica. Il Cantone ha fatto uso di questa possibilità all'inizio di quest'anno, quando si è trattato di abbattere un lupo dal comportamento problematico in alta Surselva. In quel caso, dopo una mancanza di timore osservata per un periodo prolungato quale conseguenza di un processo di abituação ovvero di uno sviluppo sfavorevole del comportamento del lupo nei confronti dell'essere umano era necessario agire rapidamente, dato che pochi giorni prima si era verificato un incontro pericoloso con un essere umano. In presenza dei relativi presupposti, vale a dire in caso di urgenza temporale e di pericolo grave, immediato e non altrimenti evitabile per beni giuridici fondamentali, il Cantone farà uso anche in futuro di questa base legale sostitutiva. Rimane però da osservare che il prelievo mediante clausola generale di polizia è possibile solo quale ultimo mezzo, dopo che tutte le altre misure più lievi non hanno prodotto effetti.

L'attuale evoluzione delle popolazioni di lupi preoccupa gli organi cantonali competenti e pone tutti gli interessati di fronte a grandi sfide. La posizione del Cantone e dei servizi competenti è la stessa da anni: i Cantoni devono avere la possibilità di regolare l'effettivo di lupi in modo analogo ad altre specie di animali selvatici, prima che sorgano danni. Per questo occorrono le necessarie basi legali. Il progetto di revisione avviato va nella giusta direzione. A prescindere da ciò, in presenza dei presupposti giuridici il Governo rimane disposto ad applicare la clausola generale di polizia. In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di modificare l'incarico come segue:

il Governo sostiene il progetto avviato per la revisione della LCP con l'obiettivo di regolare l'effettivo di lupi in modo analogo ad altre specie di animali selvatici. In presenza dei presupposti, il Cantone continuerà a prelevare lupi in virtù della clausola generale di polizia.



In nome del Governo

Il Presidente:

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

Daniel Spadin